

Kerrys Rede, Netanjahus Beitrag

Als ob ihm nichts und niemand etwas anhaben kann – so erschien Benjamin Netanjahu beim Jahresempfang für die Auslandskorrespondenten in Jerusalem kurz vor Weihnachten, das dieses Mal mit dem Beginn des jüdischen Lichterfestes zusammenfiel. Kritische Fragen übergang er nonchalant. „Bibi“, wie die Israelis ihren Premier gerne bei seinem Spitznamen nennen, zählte bereits die Tage bis zum Anbruch der neuen Zeit unter Donald Trump. Dass die Obama-Regierung ihm noch vor dem Anzünden der letzten Chanukka-Kerze in die Parade fahren würde, damit hatte Netanjahu nicht wirklich gerechnet. Aber so hat er den Schulterchluss mit Trump, dem künftigen Herrn im Weißen Haus, schon mal im konkreten Fall geübt.

Die UN-Siedlungsresolution, die Barack Obama per US-Enthaltung passieren ließ, hat die Lager von Netanjahu und Trump ideologisch noch nähergebracht. Dass US-Außenminister John Kerry jetzt nachlegte und mit Israels rechtsnationaler Koalition abrechnete, trug dazu ebenfalls bei. „Bibi“ und „Donald“ befinden sich in der politischen Kampfarena des alten Nahost-Konflikts nun auf gleicher Seite.

Ob das lange hält, steht dahin. Der israelische Expansionsdrang in den besetzten palästinensischen Gebieten könnte mittel- bis langfristig im Verhältnis zu Trump zu Interessenkollisionen führen. Die UN-Resolution 2334, die einen sofortigen Stopp des Siedlungsbaus fordert, hat auch Russland unterstützt. Es ist der neue Machtfaktor in Nahost, an dem gerade in der Syrien-Frage niemand vorbeikann. Schwer vorstellbar, dass dessen Staatschef Wladimir Putin und ein US-Präsident Trump, die so viel Bewunderung füreinander hegen, ihre Beziehungen aufs Spiel setzen werden, weil Israel im Westjordanland nach Belieben weiter agieren möchte.

Kerrys Verdienst ist es, kurz vor Toreschluss unmissverständlich gewarnt zu haben, wie sehr Israel mit dem Siedlungsbau seine eigene Zukunft als jüdischer, demo-

INGE GÜNTHER



Die Obama-Regierung setzt Israel wegen der Siedlungspolitik unter Druck. Der israelische Premier schäumt und baut auf den künftigen Präsidenten Trump.

kratisch verfasster Staat gefährdet. Damit rechtfertigte er auch den Verzicht auf das US-Veto im Sicherheitsrat. Inhaltlich deckt sich der UN-Beschluss schließlich voll mit der US-Position, dass nur eine Zwei-Staaten-Lösung – hier Israel, dort Palästina – den Konflikt ums gleiche Land friedlich beenden könne. Die Resolution zu blockieren, hätte bedeutet, wider die eigene Überzeugung zu handeln, um Netanjahu einen weiteren Gefallen zu erweisen.

Dennoch wirkte die Kerry-Rede seltsam rückwärtsgewandt. Nach dem Scheitern seines Vermittlungsversuchs zwischen Israel und Palästinensern im Frühjahr 2014 hatte er sich enttäuscht zurückgezogen. Damals hätte er mit einer klaren Stellungnahme Netanjahu tatsächlich Druck machen können, endlich die Karten auf den Tisch zu legen, wo Israel seine dauerhaften Grenzen sieht. Heute muten Kerrys Worte wie eine Auflistung verpasster Gelegenheiten an. Immerhin, er hat den Israelis die Leviten gelesen, besser spät als nie. Insofern gehen sie als Kompensation für acht zumindest in der Nahost-Politik glücklose Jahre der Ära Obama durch.

Den Ausschlag, endlich mal die Samthandschuhe beiseite zu lassen, dürften da-

bei Israels recht unverfrorene Initiativen zur Rettung illegaler Siedlungsposten aus der jüngsten Zeit gegeben haben. Amona, ein Außenposten mit ein paar Hundert Siedlern, die sich auf palästinensischem Grund und Boden niederließen, ohne sich um Besitzrechte zu scheren, steht dafür exemplarisch. Laut höchstrichterlichem Urteil hätten sie eigentlich schon ihre Trailer wegrollen müssen. Die Netanjahu-Regierung indes belohnte sie für ihren Landraub, indem sie ihren freiwilligen Wegzug mit Entschädigungszahlungen in Millionenhöhe versüßte und obendrauf einen Aufschub des gerichtlich festgesetzten Räumungstermins erwirkte.

Nicht nur das. Mit dem sogenannten Regulierungsgesetz will Israel nachträglich gleich alle anderen ungenehmigten Siedlervorposten auf palästinensischem Privatland legalisieren. Dass dies gegen israelisches Recht verstößt, stört Netanjahu wenig. Die einflussreiche Siedlerlobby flößt ihm offenbar mehr Respekt ein. Endgültig durchgebracht werden soll dieser fragwürdige Gesetzesvorstoß in der Knesset allerdings erst dann, wenn in Washington Donald Trump regiert. Der, so Netanjahus Kalkül, werde schon keine Einwände erheben.

Den Ärger Obamas bekommt Israel nun trotzdem zu spüren und das womöglich nachhaltig. Denn die Siedlungsresolution setzt Eckpunkte fest, auf die sich die internationale Gemeinschaft fortan im Umgang mit Israel und den besetzten Gebieten stets beziehen kann. Mögen jüdische Nationalreligiöse reklamieren, dass sie nur im Land ihrer alttestamentarischen Vorfäter siedeln. Für den größten Teil der Welt ist die Bibel kein Grundbuch, aus dem sich alleinige Besitzansprüche ableiten lassen. Das bedeutet nicht, dem jüdischen Volk die jüdische Klagemauer zu nehmen, wie es Netanjahu polemisch anklingen ließ. Es geht allein darum, dass Israels bald fünfzigjährige Herrschaft über ein anderes Volk nicht von Dauer sein kann.

FR 30.12.2016 11